



Fracking-Gegner in Aktion beim Besuch von Wirtschaftsminister Olaf Lies im Frühjahr 2014 in Leese.

Reckleben

Fracking in Regierung umstritten

Tonne folgt seinem Wirtschaftsminister nicht / Bundesrat verschärft Gesetzentwurf

VON STEFAN RECKLEBEN

Leese/Hannover. Die absoluten Fracking-Gegner sitzen in Leese, Wiedensahl und Rodewald, und die Kritiker am Bundesgesetzentwurf zu dem Thema im Bundesrat und im eigenen Regierungslager: Während Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies das Papier als ausgewogen und klug lobt, gehen seinem parlamentarischen SPD-Fraktionsgeschäftsführer Grant Hendrik Tonne (Leese) die Einschränkungen nicht weit genug. Auch der Bundesratsmehrheit nicht.

Für den Minister werden die Änderungen der berg-, wasser- und naturschutzrechtlichen Bestimmungen den Schutz von Mensch und Natur „mit einer sicheren Erdgasgewinnung“ in Einklang bringen. Dabei werde Fracking nicht generell ermöglicht, sondern zur Wahrung der Umweltverträglichkeit eng be-

grenzt. „Diese Erdgasförderung muss weiter möglich sein, wenn auch unter Berücksichtigung sehr viel strengerer Umweltschutzaufgaben sowie maximal transparenter Genehmigungsverfahren.“

Das geht dem heimischen Landespolitiker und Bürgermeister Leeses, Tonne, nicht weit genug. Er hatte Leese mit dem Rat zur „Frackingfreien Gemeinde“ erklärt und bereits zuvor klare rechtliche Rahmenbedingungen gefordert. Für ihn ist zunächst das grundsätzliche Fracking-Verbot oberhalb von 3000 Metern ein Schritt in die richtige Richtung. Denn das wäre das Aus für die Fracking-Pläne von Exxon in Leese.

Für Tonne enthält der Entwurf allerdings erhebliche Lücken und Hintertüren: Forschungsvorhaben könnten der Einstieg in diese technisch unverantwortliche Gasförderung

sein, um damit Fracking über 3000 Metern von einer Lobby-Kommission neu bewerten zu lassen. Weiter seien die Regelungen zum Umgang mit Lagerstättenwasser unzureichend.

Dem gegenüber sichert für Niedersachsens Wirtschaftsminister der Entwurf eine verantwortungsvolle Energieversorgung, umfassenden Umwelt- und Trinkwasserschutz, transparente Bürgerbeteiligung, Technologiestandort und Arbeitsplätze sowie Chancen für die Industrie zur Entwicklung neuer umweltschonender Verfahren.

Der Entwurf erfährt in der Länderkammer Widerstände. Die Mehrheit will einzelne Forderungen verschärft wissen. Das sind für Tonne gute Ansätze, doch „wir können auf Fracking selbst aus wirtschaftlichen Erwägungen komplett verzichten. Ich wünschte mir, dass der Bun-

destag das Fracking-Verbot konsequent beschließt“.

Laut Lies werden in Niedersachsen 95 Prozent des deutschen Erdgases gefördert. Mehr als 20000 hoch qualifizierte Fachkräfte arbeiten in dem Bereich. Die niedersächsische Erdöl- und Erdgasindustrie genieße weltweit einen hervorragenden Ruf und habe viele innovative Bohr- und Fördertechnologien maßgebend entwickelt. Die Erdgasförderung aus konventionellen Lagerstätten unter Einsatz der Frac-Technologie „wurde in Niedersachsen in den letzten 30 Jahren mehr als 300 Mal durchgeführt.“ Die Einstellung der Erdgasförderung in Niedersachsen führte zu einem Wegfall dieser Technologieschmieden, verbunden mit einem immensen Kompetenzverlust, den sich Deutschland nicht leisten kann“, hält Lies der Auffassung Tonnes entgegen.

Grant Hendrik Tonne, MdL
 Pressedokumentation
 Die Harke – 4. Lokalseite
 20.05.2015

